



Projektland: Argentinien

Quartal/Jahr: I/2010

Schlagzeilen:

Opposition gegen Präsidentin: politischer Streit um Zentralbankreserven

Spekulationen um Präsidentschaftskandidaten 2011

Schecksteuer: Tauziehen zwischen Provinzen und Regierung

Außenpolitik: Präsidentin empfängt Bundesminister Westerwelle

Hohe Inflation macht dem Land zu schaffen

Chinas Boykott des Sojahandels

Politische Entwicklung

Innenpolitik

Streit um Zentralbankreserven

Seit Anfang des Jahres beschäftigt die argentinische Innenpolitik ein zentrales Thema: „Macht sich die Regierung nun an die Reserven der Zentralbank?“

Das von der Präsidentin im Januar erlassene Dekret Nr. 09/2010 wird wohl in die Geschichte des Landes eingehen. Ziel dieses „DNU“ - „Decreto de Necesidad y de Urgencia“ zu Deutsch „Dekret aus Gründen der Notwendigkeit und Dringlichkeit“ ist die Verwendung von Reserven der argentinischen Zentralbank in Höhe von 20 Mrd. argentinischen Pesos (ca. 3,9 Mrd. €), um Schulden des Staates zu begleichen. Das Dekret erließ Cristina Kirchner im Januar, als sich der seit Anfang Dezember 09 neu konstituierte Kongress, in dem die Regierung keine Mehrheit mehr hat, noch im alljährlichen „Sommerschlaf“ befand. Seit erstmaligem Zusammentreten des Parlaments in diesem Jahr gab es für die Abgeordneten und Senatoren (Zwei Kammern) kaum mehr ein anderes Thema. Wie der Name bereits sagt, kann ein „DNU“/„Notstandsdekret“ nur in Ausnahmesituationen von der Regierung erlassen werden, in denen es nicht möglich ist, ein dringend notwendiges Gesetz im Kongress zu verabschieden.

Nachdem der ehemalige Präsident der Zentralbank, der sich gegen die Verwendung von Bankreserven zur Schuldentilgung ausgesprochen hatte, mit Hilfe des Dekrets, unter Hinweis auf Nichterfüllung seiner Pflichten, abgesetzt wurde, übernahm die regierungsnahe Mercedes Marcó del Pont das Amt. Diese wurde nach schwierigen Diskussionen vom

Kongress in ihrem Amt bestätigt, nachdem die Opposition im Senat an einem einheitlichen Vorgehen gegen sie gescheitert war. Das Notstandsdekret (09/2010) wurde von der Präsidentin am 1. März, während der Eröffnungsrede des Parlaments, außer Kraft gesetzt und durch ein gewöhnliches Dekret (297/2010) und ein neues Notstandsdekret (298/2010) ersetzt. Grund dafür war, dass mit der Aufhebung die bereits laufenden Gegenmaßnahmen und eine Zustimmungsverweigerung seitens des Parlaments hinfällig wurden. Durch die beiden Dekrete vom 01. März stehen der Regierung jetzt gesamt 16,9 Mrd. ARS, argentinische Pesos (ca. 3,3 Mrd. €) an Zentralbankreserven zur Verfügung. Davon werden 50% (ARS 8,45 Mrd. ca. 1,65 Mrd. €) zur Tilgung von Schulden gegenüber internationalen Finanzinstitutionen verwendet. Die restlichen 50% können zur Tilgung gegenüber anderen Kreditgebern eingesetzt werden. Auch diese beiden Dekrete wurden von einer Gruppe von oppositionellen Abgeordneten bei der Verwaltungsrichterin María José Sarmiento anhängig gemacht. Sarmiento blockierte die Ausführung der Dekrete und verhinderte zunächst den Einsatz der Reserven. Zwei Berufungskammern, welche die Regierung angerufen hatte, befassen sich im März mit der Verfügung der Richterin. Beide Kammern kamen jedoch zum Schluss, dass die Dekrete 297/2010 und 298/2010 legal und damit rechtskräftig seien. Die Begründungen der beiden Urteile waren jedoch verschieden. Ein Urteil bezieht sich darauf, dass die Richterin in erster Instanz über etwas geurteilt habe, was außerhalb ihrer Befugnisse liege. Das andere argumentiert, die Grundlagen seit dem ersten Urteil haben sich geändert, da der Kongress in der Zwischenzeit getagt, das Dekret aber während der Sitzung nicht behandelt habe. Von der Möglichkeit, jetzt die Sache beim Obersten Gerichtshof anhängig zu machen, sah die Opposition ab. Im Ergebnis trat also die Notstandsverordnung in Kraft und ermöglicht so der Regierung, die Zentralbankreserven, etwa auch für den bevorstehenden Wahlkampf (gem. der allgemeinen These) zu nutzen. Es handelt sich dabei eine höchst komplizierte und verworrene Streitigkeit zwischen „Kirchneristen“ (Anhängern des Präsidentenehepaars) und „Gegnern“ (Opposition); ob und wie die Bevölkerung diese Entwicklungen in der argentinischen Innenpolitik verfolgen kann, bleibt dahin gestellt.

Endergebnis der vielen Diskussionen ist eine weiterhin zersplitterte Opposition und ein in den ersten Monaten dieses Jahres geschwächtes Parlament, das kaum zur normalen Tagesordnung übergehen konnte. Die Opposition konnte schließlich den Zugriff auf die Reserven nicht verhindern. Das Debakel um das DNU 298/2010 verdeutlichte den harten Konfrontationskurs zwischen Regierung und Opposition, das Verständnis von „Freund und Feind“, und die fehlende Bereitschaft, das Gegenüber auch als Beitragenden zu einem gemeinsamen Dialog und politischen Wirken wahrzunehmen. Darüber hinaus kann die bewusste Anrufung der Gerichte seitens der Politik als Zeichen politischer Instabilität gewertet werden. Die beste und letzte Lösung sind die Gerichte nicht; die Gerichtsbarkeit ist nicht dazu da, Legislative oder Exekutive zu ersetzen. Der Streit um die Bankreserven wird vor allem angesichts der für Oktober 2011 geplanten Präsidentschaftswahlen nicht die letzte Gelegenheit des politischen „Kräftemessens“ zwischen „Kirchneristen“ und Kontrahenten gewesen sein.

„Politikbarometer 2011“ (Aussichten auf die Präsidentschaftswahlen)

Das „Politikbarometer“ in Argentinien deutet auf einen Abstieg der Umfragewerte für das Ehepaar Kirchner hin. Dieses komme nur mehr auf etwa 20% an Zustimmung durch die Bevölkerung. Von Meinungsforschern, die für die Regierung arbeiten, wird jedoch für Nestor, den Chef der Regierungspartei, eine aktuelle Befürwortung von 30% geschätzt.

Eine überraschende Meldung aus der Politik erreichte die argentinische Öffentlichkeit in den Osterfeiertagen: Carlos Reutemann (Senator im nationalen Kongress für Santa Fé, PJ, Peronist des föderalen, konservativen Flügels) werde sich nicht als Präsidentschaftskandidat für 2011 aufstellen lassen. Die Pressemitteilung der Tageszeitung „La Nación“ wurde von Reutemann dementiert; die Meldungen unterlägen einer falschen Interpretation. Zuletzt hatten die Medien mit einem „Pakt“ spekuliert. Reutemann würde als

Präsidentschaftskandidat und Francisco de Narváez (Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires, PJ) als sein Vize ins Rennen gehen. Dem Ex-Rennfahrer Reutemann wird eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung nachgesagt; allerdings, so wird gemunkelt, würde seine ruhige und eher zurückhaltende Art keine besondere Eignung für den Präsidenten der Nation abgeben. De Narváez hat einen anderen „Defekt“, den es noch zu lösen gilt: die Verfassung verlangt von Kandidaten für die erste als auch zweithöchste Position im Lande, dass diese nicht nur die argentinische Staatsbürgerschaft besitzen, sondern auch in Argentinien geboren sein müssen. In diesem Sinne ist De Narváez mehr Kolumbianer als Argentinier.

Momentan werden folgende Personen als mögliche Kandidaten für den Präsidentschaftsposten ab 2011 gehandelt:

Der Ehemann der Präsidentin, selbst ehemaliger Präsident (2003-2007) *Nestor Kirchner* (Chef der PJ, „Partido Justicialista“/„Justizialistische Partei“ - Peronisten, Mitte-Links), *Daniel Scioli* (PJ, Gouverneur für die Provinz Buenos Aires); *Carlos Reutemann* (PJ, konservativer Flügel, Senator für Santa Fé), *Francisco de Narváez* (PJ, konservativer Flügel, Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires), *Eduardo Duhalde* (PJ, konservativer Flügel, Ex-Präsident 2002-2003), *Felipe Solá* (PJ, konservativer Flügel, Abgeordneter für die Provinz Buenos Aires); Vizepräsident *Julio Cobos* (UCR „Unión Cívica Radical“/„Radikale Zivile Union“, zweitgrößte Partei im Land, Mitte-Links), *Ricardo Alfonsín* (UCR, Sohn des Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín, Abgeordneter für Buenos Aires); der Oberbürgermeister von Buenos Aires *Mauricio Macri* (PRO „Propuesta Republicana“, Mitte-Rechts); *Pino Solanas* (Fraktionschef, „Proyecto Sur“/ „Projekt für den Süden“, Mitte-Links); *Elisa Carrió* (Fraktionschefin der „coalición cívica“, Mitte-Links).

Voraussetzung ist, dass diese Personen innerhalb ihrer politischen Parteien, denen sie angehören, als Kandidaten gewählt werden. Das neue Wahlgesetz von 2009 sieht zudem vor, dass sich erfolglose Bewerber nicht ein zweites Mal in einer anderen Partei aufstellen lassen können. Außerdem gelten nun Hürden bezüglich der Größe und Bedeutung der Parteien auf nationaler Ebene. Ziel des neuen Gesetzes ist die Stärkung des Zweiparteiensystems anstelle der obwaltenden Zersplitterung. Ob neben den Peronisten (PJ), den Radikalen (UCR) und den Sozialisten (PS) auch die PRO-Partei des Stadtregierungschefs Mauricio Macri die Qualifizierung als „landesweite, nationale Partei“ (Dreiprozentklausel) schaffen wird, bleibt abzuwarten.

Eines ist ziemlich sicher: sollte die Opposition zersplittert bleiben und viele Gegenkandidaten zur Wahl stellen, würde diese Situation Nestor Kirchner in die Hände spielen.

Konfrontation zwischen Regierung und Provinzen – Diskussion um Finanzressourcen

Die finanzielle Lage vieler Provinzen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Momentan steht zur Diskussion, den Verteilungsschlüssel für die Schecksteuer auf die allgemein gültige 25%-Quote als Einnahmequelle für die Provinzen anzuheben. Bisher erhalten die Provinzen bei dieser Steuer eine Beteiligung von 15%. Die Opposition hat diesem Vorschlag zugestimmt, Präsidentin Cristina Kirchner drohte jedoch, ein Veto einzulegen. Um den bevorstehenden Streit zu umgehen, kündigte die Präsidentin an, die Schecksteuer eventuell ganz abzuschaffen. Die Gouverneure würden dann jedoch einen Ausgleich verlangen, um diese Einnahmequelle für die Provinzen nicht zu verlieren. Die Opposition möchte über eine Änderung im Senat beraten. Fraglich in der Strategie der Regierung ist hier, wie stimmenreiche und politisch bedeutsame Provinzen im Vorfeld der Wahlen von 2011 auf die Seite der Kirchner-Anhänger gebracht werden können.

Insgesamt erhalten die Provinzen 25% der gesamten Steuereinnahmen des Nationalstaates. In 2009 betrug diese Summe 102 Mrd. ARS (argentinische Pesos, ca. 19,7 Mrd. €). Davon wurden 75% nach einem automatischen Schlüssel an die Provinzen verteilt, die restlichen 25% jedoch fanden ihre Zuteilung gemäß dem „Ermessen der Präsidentin“. Dieses „Ermessen“ führte in 2009 zu kaum nachvollziehbaren Ergebnissen: die Provinz Santa Cruz, aus der das Ehepaar Kirchner stammt (Nestor war Gouverneur von 1991-2003; Cristina war

Senatorin für Santa Cruz von 2005-2007) und Tierra del Fuego bekamen in 2009 die höchsten Einnahmen pro Einwohner (4.583 ARS/877€, per capita), obwohl diese Provinzen von der Einwohnerzahl her vergleichsweise unbedeutend sind. Die Teilstaaten, die am meisten zu den Bundeseinnahmen beitragen und sehr bevölkerungsreich sind, erhielten verhältnismäßig wenig: wie die Provinz Buenos Aires (276 ARS/53€ pro Einwohner), Córdoba (314 ARS/60€ pro Einwohner) und Santa Fé (356 ARS/68€ pro Einwohner). Die Zahlen sprechen für sich, das Ergebnis liegt auf der Hand. Ohne hinreichende, eigene Einnahmen sind und bleiben die Provinzen von der Zentralregierung politisch abhängig.

Ein Kongress in „gähnender Leere“

In der ersten Aprilwoche mussten die Plenarsitzungen sowohl in der Abgeordnetenkammer als auch im Senat ausbleiben. Grund waren Abwesenheit und Zuspätkommen von Abgeordneten und Senatoren; die notwendigen Quoren zur Beschlussfähigkeit beider Kammern waren nicht erreicht. Dass die regierungsnahen Kongressmitglieder den Fortgang der Arbeit zu blockieren suchten, war bei den geplanten Inhalten nicht überraschend – es sollte über die Notverordnung der Zentralbankreserven und die Schecksteuerreform diskutiert bzw. abgestimmt werden. Deprimierend ist, dass die Opposition, welche die Mehrheit im Kongress hält, die erforderlichen Quoren (einfache Mehrheit bei 297 Abgeordneten) nicht aus eigenen Reihen besetzen konnte. So bleibt die Notverordnung zur Verwendung der Reserven vorerst in Kraft. Im Senat kam das Quorum nur knapp nicht zustande. Ex-Präsident Carlos Menem, Senator aus La Rioja, hatte es vorgezogen, am Geburtstagsfest seines Enkels teilzunehmen. So fehlte der Opposition die entscheidende 37. Stimme, und das nicht zum ersten Mal. Der Vorsitzende des Senates, Vizepräsident Julio Cobos, drohte Gehaltskürzungen beim Fernbleiben von Sitzungen an. Ein weiteres Debakel in Argentinien's Politik ging diese Woche zu Ende. Den Schaden tragen Staat und Gesellschaft; ein Parlament, das sich selbst blockiert, untergräbt die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes.

Außenpolitik

Annäherung mit Peru

Im Zuge eines Amtsbesuches bei ihrem peruanischen Amtskollegen, Präsident Alan García Pérez, bekräftigte die argentinische Präsidentin die Beziehungen der beiden Länder und legte bewusst die „verjäherte“ Unstimmigkeit zwischen Peru und Argentinien nieder. Argentinien hatte im Grenzkonflikt 1995 zwischen Peru und Ecuador als Garantmacht für den Frieden fungiert. Dennoch hatte das Land zu diesem Zeitpunkt illegal Waffen an Ecuador geliefert. Die nun aufgewertete Zusammenarbeit umfasst den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Verurteilung von Massenvernichtungswaffen und illegalem Waffenhandel. Peru ist für Argentinien als starker regionaler Partner von Interesse. Das Andenland ist reich an Bodenschätzen, vor allem Gold und Kupfer.

Präsidentin empfängt Chiles neues Staatsoberhaupt

Nach guter Tradition beging der neue konservative Staatspräsident Chiles, Sebastian Piñera, seinen ersten Auslandsbesuch im Nachbarland Argentinien. Beim Treffen mit Amtskollegin Kirchner hoben beide Staatsoberhäupter die Vertiefung der Beziehungen ihrer Länder zugunsten eines stärkeren regionalen Integrationsprozesses hervor. Vorgesehen ist beispielsweise der Bau von zwei großen Anden-Tunnels. Piñera lobte die tatkräftige Unterstützung des Nachbarlandes nach dem schweren Erdbeben vom Februar; Hilfe wird weiterhin geleistet, etwa im Wohnungsbau und der Infrastruktur. Für Aufregung in den argentinischen Reihen sorgte die Ernennung von Miguel Otero als neuer chilenischer Botschafter in Buenos Aires. Otero war ehemals hochrangiger Funktionär der Militärdiktatur von Augusto Pinochet. Cristina K. erteilte ihre Zustimmung. Für die Politik der Kirchners sind die Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur in Argentinien (1976-1982) ein

wichtiges und sensibles Thema; für die gerechte Verurteilung der Schuldigen setzt sich die Regierung verstärkt seit Nestor Kirchner ein.

Streit mit dem Nachbarn Uruguay beigelegt?

Mit dem Nachbarland Uruguay könnte nach langer Zeit der Konflikt um den Bau einer Zellulosefabrik beigelegt werden. Im Gespräch zwischen den beiden Staatspräsidenten beschlossen José Mujica und Cristina Fernández de Kirchner, das anstehende Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag zu akzeptieren. Die Fabrik der finnischen Firma Botnia, welche auf der uruguayischen Seite des Río Uruguay steht, verschmutzte die Umwelt, so das langjährige Argument Argentiniens. Eine Brücke zwischen beiden Ländern blieb seit 2007 von argentinischer Seite blockiert. Von einer Wiederbelebung der engen Verbindungen der beiden Länder könnte vor allem auch Cristinas Mann Nestor profitieren. Er bewirbt sich abermals um das Amt des Generalsekretärs der südamerikanischen Staatengemeinschaft UNASUR und hofft, dass Mujica, entgegen seinem Vorgänger Vázquez, vom bisherigen Veto absieht und den Weg für Nestor frei machen wird.

Öl vor den Falklandinseln: „Kopf-an-Kopf-Rennen“ mit Großbritannien?

Dass Großbritannien am Meeresgrund um die Falklandinseln nun die Bohrungen nach Erdöl vorbereitet, stieß bei der argentinischen Regierung auf wenig Freude. Der argentinische Außenminister Jorge Taiana ließ beim Generalsekretär der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), dem Chilenen Jose Miguel Insulza, darauf hinweisen, dass sich die Briten in strittiges Gebiet hineinwagten, entgegen den Vorgaben der UN-Resolution 31/49. Seit der Kolonialzeit gibt es Gefechte um den Besitz der Inseln, zuletzt im Falkland-Krieg von 1982, mit dem die damalige Militärjunta Argentiniens von der misslichen wirtschaftlichen Lage des Landes ablenken wollte. Verluste mussten vor allem auf argentinischer Seite hingenommen werden. Der Zugang zu Ressourcen, heute von wachsender geopolitischer Bedeutung, könnte die bilateralen Beziehungen erneut auf einen harten Prüfstein stellen.

Präsidentin empfängt Bundesaußenminister Westerwelle

Anfang März unternahm der deutsche Außenminister Guido Westerwelle eine einwöchige Reise nach Lateinamerika. Neben Chile, Uruguay und Brasilien stattete der Bundesaußenminister auch Argentinien einen Besuch ab. Die argentinische Präsidentin Kirchner empfing Westerwelle in Buenos Aires und nahm die Einladung an, im Oktober nach Deutschland zu reisen, um Kanzlerin Merkel zu treffen. In bilateralen Gesprächen wurde die strategische Bedeutung der argentinisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen sowie der wissenschaftlichen Zusammenarbeit hervorgehoben. Lateinamerika, hier allen voran Argentinien, teile mit Europa ein gemeinsames kulturelles Erbe, das die beiden Kontinente stark verbinde. Mit Außenminister Jorge Taiana unterzeichnete Westerwelle ein gemeinsames Abkommen über audiovisuelle Gemeinschaftsproduktionen, das einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Kulturaustausches zwischen den beiden Ländern leisten soll. Im Forschungsbereich besteht eine enge Kooperation mit der Max-Planck-Gesellschaft. Darüber hinaus stellt Argentinien einen bedeutenden Standort für die deutsche Wirtschaft dar. Zurzeit sind etwa 230 deutsche Firmen in Argentinien tätig. Zukünftig solle es mehr Studiengänge geben, die in beiden Ländern anerkannt sind. Über eine Million Euro sollen innerhalb von drei Jahren in den Aufbau einer Koordinierungsplattform und Pilotstipendien investiert werden. Gefördert werden argentinisch-deutsche Wirtschaftsbeziehungen zudem durch die argentinisch-deutsche Handelskammer mit Sitz in Buenos Aires.

Wirtschaftliche Entwicklung

Trübe Aussichten für die Preisentwicklung

Die hohe Inflationsrate gibt den Argentinern zu Denken. Die Regierung scheint das Problem auf die lange Bank zu schieben. Im ersten Quartal 2010 haben die Konsumentenpreise um

etwa 8% zugenommen. Wirklichkeit und verschönerte Ziffern des staatlichen Statistikamtes klaffen weit auseinander. Prognosen für das Jahr 2010 rechnen mit einer auf das ganze Jahr hochgerechneten Inflationsrate von etwa 30%. Die Begründung der Regierung, die hohe Inflation sei eine natürliche Begleiterscheinung des schnellen Wachstums (BIP 2010: plus 5%), entkräften führende Wirtschaftswissenschaftler. Nobelpreisträger Edmund Phelps meint dazu, dass es auch in Deutschland zu Zeiten des Wirtschaftswunders nie eine hohe Inflation gegeben habe, noch kenne er irgendein Beispiel in der Geschichte, bei dem dies so gewesen sei. Eine Inflation von 10% in Argentinien problematisierte Phelps nicht außerordentlich, allerdings wären 30% eindeutig zu hoch. Während die Regierung das Inflationsphänomen verleugnet, weisen Gegenstimmen auf die Problematik der massiven Lohnerhöhungen in zentralen Industriezweigen hin. Gehaltserhöhungen würden auf die Preise abgewälzt und treiben so die Inflation an. Derartige Theorien laufen den Gewerkschaften zuwider; erst in 2009 setzte sich der CGT-Chef Hugo Moyano für wesentliche Lohnerhöhungen seiner Klientel, der Lastwagenchauffeure, ein. Das Thema der Inflation ist kompliziert, und das „richtige Rezept“ hat kaum jemand zur Hand. Wenn allerdings die Regierung das Problem „nicht sieht“, wird keine Strategie entwickelt werden.

Rindfleischpreise steigen – Argentinien drosselt Export

Die von der Regierung eingesetzten Maßnahmen zur Exportkontrolle von Rindfleisch, weil die Fleischpreise im Land beträchtlich gestiegen waren, riefen einige negative Reaktionen hervor. Zu einfach mache sich die Regierung die Verdrängung der wahren Probleme. Das Angebot im Land zu halten und die Produktion zu steigern, um die Preise für Fleisch zu senken, könne keine langfristige Lösung für den Kampf gegen Preisanstiege und Inflation sein. In der Diskussion um rasante Preiserhöhungen geht die Regierung nur auf die Rindfleischproduktion ein. Dass die Erhöhungen auch andere Sektoren des argentinischen Binnenmarktes betreffen und damit eine wirkliche Inflation vorliegt, wird verneint. Wirtschaftsberichten zufolge liegen jedoch einige Mängel auch in der argentinischen Rindfleischindustrie selbst, die mit unterschiedlichen Standards arbeitet (je nach Verwendung als Binnenmarkt- oder Exportgut).

China boykottiert Sojaimporte aus Argentinien

Überraschend kamen für die argentinischen Sojaexporteure der Importboykott für Sojaöl auf dem bedeutenden chinesischen Absatzmarkt (angeblich aus „Gründen der Hygiene“). China gilt als wichtigster Absatzmarkt für Soja, auf dessen Anbau und Produktion sich Argentinien die letzten Jahre zunehmend konzentrierte. Gerade bei Sojaöl ist Argentinien führender Exporteur auf dem Weltmarkt. China übt Druck aus und erhofft sich eine Öffnung des argentinischen Marktes für seine zahlreichen Produkte. Argentinien, wie viele andere Länder, schützt die heimische Wirtschaft bisher vor der Schwemme an chinesischen Waren. Einmal mehr wird bewusst, wie sehr die argentinische Wirtschaft vom Export landwirtschaftlicher Güter abhängig ist. Hat sich Argentinien bisher vom „neuen, strategischen Partner“ China abhängig machen lassen?

Gezeichnet: Dr. Mariella Franz, Projektleiterin

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
 AUTOR: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLITERIN
 REDAKTION: DR. MARIELLA FRANZ, PROJEKTLITERIN
 LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
 TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359
 E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
 ERSTELLT AM: 10. APRIL 2010